



Europäische Sicherheitspolitik: Ein deutsches Dilemma

Europäische Sicherheitspolitik: Ein deutsches Dilemma
Deutschlands Sicherheitspolitik ist besonders problematisch. Es fehlt eine erkennbare Strategie, zumal man waffentechnisch – ohne Atomwaffen - agieren kann. Daher empfiehlt es sich, wenn Deutschland die EU insoweit inspiriert, eine zur NATO komplementäre überstaatliche militärische Struktur anzugehen, zumal die Ressourcen der EU-Staaten weit weitem nicht ausreichen, auf die NATO als Partner zu verzichten.

Die EU ist auf militärischem Gebiet nicht wettbewerbsfähig, auch weil insb. die deutsche Bundeswehr nur beschränkt einsatzbereit ist. Vor allem die technischen Ressourcen erfüllen nicht die an sie gesetzten Erwartungen. So ist auch das Problem der Sicherung der Außengrenzen der EU eine Folge dieses Zustands. Aber auch die Bereitschaft zu Veränderungen ist in der EU gering. Es gelang nicht, eine multinationale Truppe zur Grenzsicherung aufzubauen, um den Migrationsdruck zu begrenzen. Es dominieren einzelstaatliche Maßnahmen, die letztlich auch den Druck von Deutschland abwenden.

Damit wird das sicherheitspolitische Dilemma der EU und Deutschlands besonders deutlich. Die EU ist nicht handlungswillig, zugleich aber machen die USA als Führungsmacht der NATO deutlich, daß man ihr auch nur beschränkte Handlungsmacht zubilligt. So werden Probleme an den Grenzen der EU geschaffen, die sich zu Konflikten mit den unmittelbaren Nachbarn, vor allem Russland, ausweiten und die EU in zusätzliche Abhängigkeiten zwingen. Die Konflikte an der Ostgrenze (Ukraine) und im Nahen Osten (Ölstaaten und östlicher Mittelmeerraum) zeigen die EU nicht als geopolitischen Gestalter, sondern allenfalls als Mitläufer.

Die EU war sicherheitspolitisch noch nie so abhängig von den USA wie heute. Alle EU Staaten zusammen erreichen weniger als 50 Prozent der US Verteidigungsausgaben und Ihre militärisch-operative Effizienz liegt noch weiter unter den Fähigkeiten der USA. Es gibt keine gemeinsame Bedrohungsperzeption der Europäer und die EU ist derzeit nicht in der Lage, Mächte wie Russland oder China strategisch auszubalancieren.

Wir brauchen in Europa mehr politische Führung aus Deutschland für Europa, was aber - historisch bedingt - an Grenzen der Akzeptanz sowohl in Europa wie auch in Deutschland führt.

Unabhängig davon hat Deutschland eine wichtige Rolle als Vermittler zwischen Russland und den USA, zumal sich die Bundeskanzlerin eine große Achtung als Moderatorin erworben hat. Durch diese Positionierung gelang es, der EU eine konfliktlösende Rolle innerhalb der NATO zu verschaffen. Aber geopolitisch prägend wird die EU so keinesfalls, denn es bleibt die Abhängigkeit von den USA, die zumindest Deutschland als einen Vasallenstaat betrachten läßt.

Deutschland nimmt diese Rolle, ganz anders als Großbritannien oder Frankreich, jedoch gelassen an, auch wenn nach dem Brexit diese Abhängigkeit noch zunehmen wird. Frankreich wirbt zwar für eine größere Eigenständigkeit der EU, Deutschland kann sich aber kaum von den Erwartungen der USA weit entfernen. Der Druck an der Festschreibung der Verhältnisse wird zusätzlich durch die neuen EU-Mitgliedsstaaten erhöht, die der Abhängigkeit Russlands nach 1990 entkommen sind.

SOMIT BESTEHT EINE DIFFIZILE GEOPOLITISCHE LAGE:

1. Die EU ist von der geopolitischen Führung der USA in starkem Maße abhängig.
2. Der Erhalt des sicherheitspolitischen Status quo der EU liegt im Interesse der dominanten Staaten.
3. Der geopolitische Handlungsraum der EU ist daher beschränkt und dies nützt sowohl den USA, wie auch Russland, da so kein Herausforderer an der unmittelbaren Grenze entstehen kann.
4. Zugleich aber besteht eine besorgniserregende Selbstbeschränkung Deutschlands, da sich die Gesellschaft den Realitäten verweigert und den erreichten Wohlstand als selbstverständlich annimmt.



Deutschland ist materiell bestens versorgt und die EU-internen Probleme lenken Kapital in diesen sicheren Häfen, so daß die deutsche Wirtschaft zusätzlich beflügelt wird.

So sieht sich Deutschland, mit seiner wirtschaftlichen Potenz als Exportweltmeister in der Welt nur von Freunden umgeben, die alle gerne deutsche Autos fahren oder andere deutsche Industriegüter einsetzen. Und Deutschland fördert den Absatz seiner Güter mit der Vergabe von Krediten, die zwar Eigentumsrechte verbriefen, die aber im Streifall nicht durchgesetzt werden können und es fraglich ist, ob die geopolitischen Partner Deutschlands sich dafür einsetzen werden.

Die deutsche Gesellschaft hält diese Zustandsbeschreibung als unproblematisch. Und die deutschen Wirtschaftseliten haben sich in dieser Gesellschaft eingerichtet. Die in Deutschland beheimateten Konzerne verstehen sich als Vertreter globaler Interessen, auch weil ihre Eigentümerstruktur sich dementsprechend ausgerichtet hat. Eine international schwache deutsche Finanzelite adressiert das Problem nur unzureichend. Und die Medieneliten haben gelernt, daß sich grünes Denken gut verkauft. Das passt gut zusammen, denn auch die Natur hat keine politische Heimat, wie auch die Eigentümer der großen deutschen Unternehmen keine geopolitische Zuordnung finden. Deutschland erscheint - aus einer Weltsicht - als ein günstiger Produktionsstandort, da die Deutschen erfinderisch und fleißig sind. Und die Deutschen geben sich dieser Rollenzuweisung hin, weil es ihnen damit gut geht. Diese Erfahrung, die auf den Zweiten Weltkrieg zurückgeht, hat sich ins kollektive Gedächtnis eingegraben und wird heute unreflektiert perpetuiert.

DAMIT STECKT DEUTSCHLAND IN EINEM DILEMMA UND ZUGLEICH PROFITIEREN DIE EU WIE AUCH DIE USA DAVON.

Das Aufschrecken ist nun groß, nachdem die Probleme der inneren Sicherheit nun offensichtlich geworden sind und diese sich als Resultat einer unzureichenden

äußeren Sicherheit zeigen, die man – verstärkt ab 1990 - als vernachlässigbar bezeichnet hatte. Deutschland ist wirtschaftlich wie sicherheitspolitisch erpressbar.

Es ist nicht das „System Merkel“, das diesen Zustand herbeigeführt hat, wie viele Kritiker derzeit annehmen, sondern es ist die gesellschaftspolitische Einstellung über Jahrzehnte, die sich in Deutschland breit machte und zu diesem Zustand beigetragen hat. Eine Umkehr verlangt erst einmal eine eindeutige Diagnose, die gesellschaftlich breite Anerkennung findet.

Unklar bleibt, ob Deutschland mit seiner wirtschaftlichen Stärke die Führungsrolle übernehmen soll und kann, um die EU in eine Sicherheitsgemeinschaft komplementär zur NATO zu transformieren. **Jedenfalls sollte Deutschland - als Minimalziel - die Konzeption einer multilateralen Grenztruppe in der EU mit Entschlossenheit vorantreiben.**

Dr. Wolfgang P. Warth